



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 175. Ratssitzung vom 14. Januar 2026

5692. 2025/324

Interpellation von Johann Widmer (SVP), Jean-Marc Jung (SVP) und Yves Peier (SVP) vom 09.07.2025:

Gewalttätige Angriffe durch eine linksextreme Täterschaft gegen bürgerliche Parteien und ihre Exponenten und Einrichtungen, Durchsetzung der Versammlungsfreiheit, Massnahmen gegen gewaltbereite Linksautonome, polizeiliche Unterstützung der Veranstaltenden von Quartierfesten, Aufhetzung von Jugendlichen gegen bürgerliche Werte sowie Massnahmen zur Entwaffnung der Jugend

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 3947 vom 3. Dezember 2025).

***Johann Widmer (SVP)** nimmt Stellung: Die Antwort des Stadtrats auf unsere Interpellation finden wir ziemlich dürftig. Er windet sich heraus. Für ihn ist alles gar kein Problem. Er versteckt sich hinter Polizeiordnungen. Im Prinzip sagt der Stadtrat, dass er nichts tue und was er tue, genüge und es sei kein Problem. Das finden wir sehr bedenklich, weil wir feststellen, dass das Problem zunimmt. Das hat die heutige Fraktionserklärung gezeigt. Ich habe von Bewohnern im Kreis 10 gehört, dass sie das ebenfalls wahrnehmen und es sie besorgt. In Bern unterschätzte man es auch. Dort haben die Antifa und andere geprügelt und sogar Restaurants angezündet. Ich weiss nicht, ob der Stadtrat unsere Interpellation nach einem solchen Vorfall in Zürich immer noch wegwischen und das Problem quasi uns zuschieben würde. Wir sehen keine weissen Elefanten. Wir bedauern die Entwicklungen sehr. Wir würden es begrüssen, wenn man jeden Vorfall dieser Chaoten-Szene verfolgen würde, anstatt zu sagen, man habe die Personalien nicht aufnehmen können, weil die Polizei zu spät kam. Das sind peinliche Antworten.*

Weitere Wortmeldung:

***Samuel Balsiger (SVP):** In der Antwort steht, dass der Stadtrat der Versammlungs- und Meinungsfreiheit grösste Bedeutung beimesse. Es gab das Beispiel einer christlichen Sängerin, die bei einer Veranstaltung des Migros-Kulturprozeents auftreten wollte. Es brauchte einen einzigen Social-Media-Post der gewaltbereiten Antifa und STR Karin Rykart war nicht mehr im Stande, die Veranstaltung zu garantieren. Ein einziger Post genügt also, um Christen Grundrechte wegzunehmen. Wo ist da die grösste Bedeutung der Versammlungs- und Meinungsfreiheit? Wenn es wirklich darauf ankommt zu beweisen, dass man sein Exekutivamt fähig ausführen und die Grundrechte ohne politische Einschätzung sicherstellen kann, ist man nicht dazu im Stande. Es kann nicht sein, dass*



2 / 2

man schaut, was die politischen und gesellschaftlichen Hintergründe sind und dann entscheidet, ob die Grundrechte wichtiger oder weniger wichtig sind. Wenn es Christen und Abtreibungsgegner sind, sind die Grundrechte nicht wichtig und die links-radikalen Chaoten können sich die Strassen nehmen. Aber wenn es darum geht, dass Sie Ihrem woken Publikum nach dem Mund reden können, tut man so, als ob die Grundrechte unerschütterlich sind. Wo ist die Meinungsfreiheit beim Überdecken des Begriffs «Mohr» an Häusern? Ist das kein Ausdruck von Meinungsfreiheit, wenn der «Mohr» früher ein ausgebildeter Mediziner war und man den Begriff aus Respekt an die Hauswände schrieb? Sie versuchen, das auszuradieren. Das ist doch keine Meinungsfreiheit. Das ist nicht das, was Sie in den Antworten schreiben. Die Realität zeigt etwas anderes. STR Karin Rykart oder STP Corine Mauch könnten uns erklären, wie man im Wahlkampf mit der Serie linksextremer Anschläge gegen die SVP umgehen soll. Ich habe keine einzige Wortmeldung auf unsere Fraktionserklärung gehört, in der wir mit Bildern aufzeigen, wie unsere Stände mit brachialer Gewalt zusammengeschlagen werden. Wie wollen Sie sicherstellen, dass sich die 125 Kandidaten der SVP auf der Strasse sicher fühlen? Die Stadtpräsidentin ist für alle Bürger gewählt. Wenn eine politische Minderheit mit knapp 14 Prozent mit Gewaltangriffen umgehen muss, erwarte ich von Ihnen, dass Sie dazu etwas sagen können. Aber die SVP kritisierte Sie während der ganzen Legislatur. Sie müssen sich von der SVP anhören, wie schlecht die linke Politik ist. Deshalb können Sie keine Gleichbehandlung sicherstellen. Was Sie versprechen, können Sie in der Realität nicht umsetzen. Es gibt keine Ideen, wie Sie unsere Grundrechte sicherstellen wollen. Stellen Sie vor jedes Gebäude, wo ein SVPler wohnt, eine Polizeiwache oder was tun Sie gegen die Linksextremen? Diese Gewalt verüben Frauen, Feministen und Queere.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat